

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.01.2023

Inhalt

EWN

1 Läuft's in Zukunft auch ohne Atomkraft? <i>detektor.fm, 03.01.2023</i>	3
2 100 Tage danach <i>TAGESSPIEGEL, 04.01.2023</i>	4



📅 detektor.fm | 03.01.2023

👤 Alea Rentmeister, Sara-Marie Plekat

🔗 WEBLINK

Läuft's in Zukunft auch ohne Atomkraft?

Was passiert mit den abgeschalteten Atomkraftwerken? Und wohin mit dem Müll? Bei „Mission Energiewende“ geht's dieses Mal um die Frage: Wie lebt es sich in einer Welt ohne Atomkraftwerke?

Wohin mit dem Müll?

Die drei deutschen Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bleiben nun doch am Netz und sollen bis zum 15. April 2023 weiter Strom liefern können. Und selbst, wenn sie dann tatsächlich abgeschaltet werden: Das Thema Atomkraft wird uns so oder so noch eine Weile begleiten. Denn noch immer gibt es keine Antwort auf die Frage, wohin der Atom-müll eigentlich soll. Das liegt zum einen daran, dass es vor Ort immer wieder Widerstände gegen Endlager gibt. Schließlich möchte niemand ein Endlager „vor der eigenen Haustür“ haben. Aber auch nicht jeder Ort ist geeignet für die Endlagersuche. Ein Endlager muss das perfekte Material aufweisen und auch noch in tausenden Jahren der Natur (und damit auch den Auswirkungen der Klimakrise) trotzen.

Eine Welt ohne Atomkraft

Nachdem die Bundesregierung 2011 beschlossen hat, aus der Atomkraft auszusteigen, sind in den vergangenen Jahren nach und nach Atomkraftwerke abgeschaltet worden. Mittlerweile sind 32 Reaktoren in Deutschland stillgelegt. Damit ist es allerdings nicht getan: Die Kraftwerke müssen auch noch zurückgebaut werden. Und während man Gebäude mehr oder weniger einfach abreißen kann, muss bei den AKWs auf einiges mehr geachtet werden.

Als wir 1995 mit dem Rückbau des Atomkraftwerks in Lubmin begonnen haben, hätten wir uns nicht träumen lassen, dass das so lange dauert. - Marlies Philipp, Ingenieurin im Atomkraftwerk Lubmin

Eine andere Frage ist: Klappt die Energiewende auch ohne Atomstrom? Ein Argument, das von Befürwortern und Befürworterinnen immer wieder vorgebracht wird, lautet, dass wir Atomkraft brauchen, um sogenannte Dunkelflauten zu überbrücken. Die Energieexpertin Claudia Kemfert sieht das anders — sie findet:

Ich hoffe, dass man das Atomkraftkapitel endlich ad acta legt. Es ist eine Gespensterdebatte, die uns überhaupt nicht weiterbringt. - Claudia Kemfert, Expertin für Energiewirtschaft und Klimapolitik

In dieser Folge von „Mission Energiewende“ sprechen detektor.fm-Moderatorin Ina Lebedjew, detektor.fm-Redakteurin Alea Rentmeister und detektor.fm-Redakteurin Sara-Marie Plekat über die Zukunft der Atomkraft.

Marlies Philipp ist studierte Kristallographin und hat seit Ende der 1970er Jahre als Ingenieurin im Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald gearbeitet. Sie hat auch am Rückbau dieses Atomkraftwerks mitgearbeitet und weiß, welche Herausforderungen so ein Rückbau mit sich bringt. Claudia Kemfert leitet die Abteilung für Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Sie ist Expertin für Energiewirtschaft und Klimapolitik und erklärt, warum Aufwand und Nutzen bei der Atomkraft in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Der Beitrag kann auch unter folgendem Link nachgehört werden: <https://bit.ly/3InuXen>

100 Tage danach

Nord Stream und das Rätsel der Sabotage

Am 26. September wurden ungewöhnliche Ausschläge registriert, die nicht von Erdbeben stammten – um 2.04 Uhr südwestlich der dänischen Insel Bornholm, exakt 17 Stunden später nordöstlich davon. Die Ostsee blubberte, und schnell war klar, dass die drei Gaslecks an den Pipelines Nord Stream I und Nord Stream II nicht von einem Unfall herrührten. Kurz darauf leitete der Generalbundesanwalt Ermittlungen „wegen des Verdachts der vorsätzlichen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ ein. Alles deutete auf einen „vorsätzlichen Sabotageakt“ hin, ließ Kanzler Olaf Scholz ausrichten.

Zwei deutsche Forschungsschiffe waren vor Ort

Die unter anderem von ihm versprochene Aufklärung lässt indes auch 100 Tage nach den Explosionen auf sich warten. Die Bundesanwaltschaft verweist nur darauf, dass sie bei „zwei Ermittlungen vor Ort“ von den „Forschungsschiffen Atair und Alcor unterstützt“ wurde. Sie sind darauf spezialisiert, den Meeresboden zu vermessen, Sedimentuntersuchungen durchzuführen und Unterwasserhindernisse aufzuspüren, auch Reste von Sprengstoff.

Offizielle Hinweise darauf, was die Untersuchungen bisher ergeben haben, gibt es nicht. Aus Sicherheitskreisen ist zu hören, dass die Explosionen an Leitungsabschnitten lagen, die von Gazprom gebaut wurden und eventuell schon beim Bau mit Sprengkapseln bestückt worden sein könnten.

Wirklich gesichert aber scheint davon wenig, eher im Gegenteil: Kurz vor Weihnachten zitierte die „Washington Post“ einen Gewährsmann, der angeblich die Einschätzung von 23 befragten Diplomaten und Geheimdienstlern aus neun Staaten wiedergab: „Es gibt an diesem Punkt keine Beweise dafür, dass Russland hinter der Sabotage steckt.“

Abgestimmt mit den Behörden führt auch die Nord Stream AG selbst Untersuchungen durch. Schließlich lassen erste Erkenntnisse nach Auskunft der Bundesregierung „den Schluss zu, dass eine Reparatur der

Röhren der Nord-Stream-I-Pipeline technisch möglich ist“.

Parlamentarische Anfragen bleiben unbeantwortet

Sonst beantwortet die Regierung parlamentarische Anfragen zu dem Thema de facto nicht – so wie vor Weihnachten. „Eine Auskunft zu Erkenntnissen aus dem Ermittlungsverfahren würde konkret weitergehende Ermittlungsmaßnahmen erschweren“, heißt es in der Drucksache 20/4303. Die „international praktizierte Vertraulichkeit des Verfahrens“ sei die Voraussetzung „für zukünftige effektive Zusammenarbeit“. Die Fragestellerin Zaklin Nastic von der Linkspartei sagt, dass sich durch „das Gebaren der Bundesregierung“ bei ihr der Eindruck verfestige, „dass sie an einer tatsächlichen Aufklärung der Explosionen keinerlei Interesse“ habe.

Tatort in 70 Meter Tiefe ist schwer zugänglich

Roderich Kiesewetter (CDU) hat aus seinen Gesprächen hingegen den Eindruck gewonnen, dass die deutschen Ermittler „tatsächlich noch im Dunkeln tapen“, so der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums: „Der Tatort in 70 Metern Tiefe ist schwer zugänglich, es gab zum fraglichen Zeitpunkt keine auffälligen Schiffsbewegungen, und die Untersuchung ist international kaum koordiniert – es kann noch Monate dauern, bis wir mehr wissen.“

Die Ungeduld beim Vorsitzenden Konstantin von Notz (Grüne) ist größer: „Die Bundesregierung muss sehr bald Transparenz schaffen oder wenigstens eine plausible Erzählung der Ereignisse vom 26. September vorlegen.“

Schließlich gehe es um ein gewaltiges Verbrechen, so von Notz: „Die Bedeutung dieses beispiellosen Terroranschlags auf die Versorgungsinfrastruktur der Bundesrepublik Deutschland ist nie richtig erfasst worden.“

Das von den dänischen Behörden Ende September zur Verfügung gestellte Foto zeigt das Nord-Stream-II-Gasleck in der Nähe von Bornholm.

”Die Bundesregierung muss sehr bald ihr Schweigen brechen.” - Konstantin von Notz (Grüne), oberster Geheimdienstkontrollleur im Bundestag

Zitat